

# Bund plant mit fünf Gaskraftwerken

Im Abstimmungskampf über die Energiestrategie wird kaum darüber geredet, aber die Pläne sind bereit

Von Dominik Feusi, Bern

«Da würde ich sehr staunen», sagte Bundesrätin Doris Leuthard Ende März auf die Frage, ob in der Schweiz bald Gaskraftwerke gebaut würden. Sie gab sich bei der Eröffnung des Abstimmungskampfes über die Energiestrategie alle Mühe, die Behauptung der Gegner zu entkräften, dass es solche Kraftwerke brauche. Gaskraftwerke sind riesige Stromfabriken und sie stossen viel Kohlendioxid aus, ein Klimagas, das eigentlich eingedämmt werden sollte. Gaskraftwerke seien vor allem wirtschaftlich interessant, sagte Leuthard weiter. «Ich sehe keine politische Möglichkeit, dass in der Schweiz jetzt plötzlich grosse Gaskraftwerke entstehen würden.»

Als Doris Leuthard in der Frühjahrs-session vom Solothurner SVP-Nationalrat Christian Imark auf den Bau von Gaskraftwerken angesprochen wurde, ging sie noch härter vor: «Sie erzählen wahrscheinlich einfach wieder alternative Fakten.» Das entspreche nicht den Tatsachen.

## Bundesamt säubert Webseite

Das Abwiegen der zuständigen Bundesrätin hat System. Weder im offiziellen Abstimmungsbüchlein noch im Argumentarium der Befürworter werden Gaskraftwerke erwähnt. Einen Tag vor der Medienkonferenz säuberte Leuthards Bundesamt für Energie (BFE) seine Webseite und strich die Aussage, der Restbedarf an Energie nach dem Abschalten der Atomkraftwerke könne mit Gaskraftwerken und Stromimporten gedeckt werden.

Doch jetzt verdichten sich die Hinweise, dass es sich bei den Plänen für mehrere grosse Gaskraftwerke nicht um «alternative Fakten», sondern um tatsächliche Vorhaben handelt, die bis nach der Abstimmung aufgespart werden sollen.



«Begrenzte Zahl». Gemäss Bundesverwaltung braucht es grosse Gaskraftwerke – offen ist nur, wie viele. © E.ON

In der Botschaft des Bundesrates zur Energiestrategie aus dem Jahr 2013 wird zehn Mal erwähnt, dass man «wenn nötig» Gaskraftwerke bauen müsse, weil diese für eine sichere Stromversorgung «allfällig erforderlich» seien. Gemäss Bundesrat dürfte dieser Fall schon bald eintreffen: «Aufgrund des vorliegenden Massnahmenpaketes (der Energiestrategie, Anm. d. Red.) dürfte bis im Jahr 2020 ein Gaskombikraftwerk notwendig werden.» Und falls das nicht ausreiche, so schreibt die Regierung weiter, müsste «eine begrenzte Zahl» weiterer Gaskraftwerke in Betracht gezogen werden. Was das für die Abhängigkeit der Schweiz vom Ausland bedeutet, darüber macht sich der Bundesrat nichts vor. Es spiele «prak-

tisch keine Rolle, ob Strom oder Gas zur Stromproduktion importiert wird».

## Das erste Gaskraftwerk bis 2022

Wie viele solche Gaskraftwerke benötigt werden, lässt sich in einem Bericht des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) nachlesen. Das Amt – ebenfalls in Leuthards Departement – schrieb vor zwei Jahren, es brauche bis 2035 fünf grosse Gaskombikraftwerke, das erste bereits im Jahr 2022. Dies allerdings unter der Voraussetzung, dass die geplante Energiestrategie aufgehe und die mit Subventionen errichteten Solar- und Windanlagen tatsächlich liefern, was sie versprechen. Falls nicht, dann sind gemäss Bafu bis 2035 acht Gaskraftwerke nötig, das erste bereits 2019.

Als Basis des Berichts dienten dem Bafu die gleichen Daten, die auch der Energiestrategie zugrunde liegen. Auch die Wissenschaft sieht diesen Bedarf an Gaskraftwerken. Das zur ETH gehörende Paul-Scherrer-Institut rechnet bis ins Jahr 2050 mit fast so viel Strom aus Erdgas, wie heute durch Kernkraftwerke produziert wird.

Es gibt aber nicht nur einen berechneten Bedarf, sondern konkrete Pläne. So zum Beispiel von der BKW Energie AG für ein grosses Gaskraftwerk in Utzenstorf (BE). Dort war schon vor zehn Jahren ein Bau geplant, der allerdings 2009 wegen des Widerstands vor Ort und der im Rahmen der Klimapolitik des Bundes verschärften Vorschriften auf Eis gelegt wurde.

Beim Berner Energiekonzern selber rechnet man damit, dass Gaskraftwerke wieder ein Thema werden. BKW-Sprecher Martin Schweikert liess letzte Woche verlauten, dass es ab 2026 im Winter zu Versorgungsschwierigkeiten komme und dann «Gas, eine neue Generation von Nuklearenergie oder Importe» nötig würden.

Neben Utzenstorf gibt es gemäss dem Verband der schweizerischen Elektrizitätsunternehmen (VSE) konkrete Pläne für Kraftwerke in Cornaux (NE), Vernier (GE), Perlen (LU) und Chavalon (VS). Diese fünf Standorte würden exakt der Prognose des Bafu entsprechen. Heute gibt es in der Romandie und in der Stadt Bern bereits vier kleinere Anlagen, die allerdings für die Sicherstellung der Versorgung im Winter nicht ausreichen.

## Kantonale Bewilligungen reichen

Es ist naheliegend, solche grossen Gaskraftwerke dort zu bauen, wo heute Kernkraftwerke oder grosse Stromverbraucher stehen, weil dort der Anschluss an die Hochleistungsnetze vorhanden ist. Diese Voraussetzung wäre in der Nordwestschweiz auch in Pratteln (BL) und Kaiseraugst (AG) gegeben, wie ein Insider aus der Strombranche verrät. Gaskraftwerke brauchen nur eine kantonale Bewilligung. Und da die Elektrizitätsunternehmen ganz oder teilweise den Kantonen gehören, haben die ein finanzielles Interesse an den Gaskraft-Plänen.

Einer der vehementesten Befürworter der Energiestrategie, der Solothurner CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt, wurde vor einer Woche an einem Podium in Zürich gefragt, warum denn niemand offen von den geplanten Gaskraftwerken rede. Seine Antwort: «Wir wissen es nicht.» Vermutlich passt es nicht zum offiziellen Slogan Leuthards, die Energiestrategie sei «sicher, sauber, schweizerisch».

## Nachrichten

### 90 Risikopersonen werden überwacht

**Bern.** Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) überwacht derzeit rund neunzig Personen, die potenziell gefährlich sein könnten für die innere Sicherheit der Schweiz. Diese Zahl hat NDB-Chef Markus Seiler am Dienstag an der Jahresmedienkonferenz kommuniziert. Ein Novum. Der Nachrichtendienst zählte bisher insgesamt 83 Jihadreisende aus der Schweiz, davon 30 Personen mit Schweizer Pass. Zu konkreten Zahlen über Risikopersonen, zu denen unter anderem auch sogenannte «Gefährder» gehören, äusserte er sich bislang nicht. SDA

### Schweizer Botschafter einbestellt

**Bern.** Verteidigungsminister Guy Parmelin hat sich gestern zur Spionageaffäre geäussert. Die Schweiz und die Schweizer Banken würden regelmässig Opfer von Spionage, hielt Parmelin ohne ins Detail zu gehen fest. Der 54-jährige Schweizer, der in Deutschland wegen Spionagederstands in U-Haft sitzt, soll für den Nachrichtendienst gearbeitet haben. Der Schweizer Botschafter in Berlin wurde gestern wegen der Affäre von Deutschland einbestellt. SDA

### 50 Ausschaffungen verhindert

**Bern.** Seit letztem Oktober gelten die verschärften Bestimmungen zu Ausschaffung krimineller Ausländer. Die umstrittene Härtefallklausel ist von den Staatsanwaltschaften in den ersten sechs Monaten in rund 50 Fällen angewendet worden. Das teilte die Schweizerische Staatsanwaltschaft-Konferenz (SSK) am Dienstag anlässlich einer Tagung zu dem Thema mit. Vor den Gerichten sind derzeit mehrere Hundert Verfahren hängig, die eine Landesverweisung zur Folge haben könnten. SDA

## Ja zur Verbilligung von Kinderkrippen

Der Bund stellt Subventionen von knapp 100 Millionen Franken zur Verfügung

**Bern.** Der Nationalrat ist bereit, die familienergänzende Kinderbetreuung mit Geld aus der Bundeskasse zu verbilligen. Wie der Ständerat stellt er für die neuen Subventionen insgesamt 96,8 Millionen Franken zur Verfügung. Die Ratsrechte hatte zwar grundsätzliche Vorbehalte. Familienpolitik sei gemäss Verfassung Sache von Kantonen und Gemeinden, sagte FDP-Sprecher Hans-Ulrich Bigler (ZH). Zudem seien die Bundesfinanzen derzeit in Schieflage. Die Ausgaben müssten an einem anderen Ort wieder eingespart werden.

Die Mehrheit sah jedoch Handlungsbedarf. Es gehe darum, gut ausgebildete Leute am Arbeitsplatz zu halten, sagte SP-Sprecher Matthias Aebischer (BE). Heute lohne sich eine Erwerbstätigkeit wegen der hohen Betreuungskosten für viele Eltern nicht.

Der Bundesrat hatte die neuen Subventionen im Rahmen seiner Fachkräfte-Initiative vorgeschlagen. In den Nachbarländern trügen die Eltern wesentlich tiefere Kosten für die externe Kinderbetreuung, sagte Bundesrat Alain Berset. Ein Grund dafür sei die höhere staatliche Unterstützung. In der Gesamtabstimmung sprach sich der Nationalrat mit 113 zu 77 Stimmen bei zwei Enthaltungen für die neuen Subventionen aus. Die von SVP und Teilen der FDP unterstützte Kürzung auf 50 Millionen Franken wurde abgelehnt.

### Auf Bedürfnisse abgestimmt

Berset warnte, dass mit dem halben Betrag keine spürbare Wirkung erzielt werden könne. Die von den Räten beschlossene Unterstützung läuft über die Kantone: Jene, die die Subventionen erhöhen, erhalten vom Bund im ersten Jahr 65 Prozent des zusätzlichen Betrags. Im zweiten Jahr sind es noch 35 und im dritten Jahr zehn Prozent. Verpflichtet ein Kanton oder eine Gemeinde die Arbeitgeber, einen Beitrag an die Verbilligung von Betreuungsangeboten zu leisten, wird dieser ebenfalls angerechnet.

Nach dem Willen der Räte stellt der Bund dafür während fünf Jahren 82,5 Millionen Franken zur Verfügung. Abgelehnt hat der Nationalrat den Antrag von SVP- und FDP-Vertretern, die Subvention nur dann auszurichten, wenn die Eigenmittel nicht ausreichen. Das würde dazu führen, dass nur ungenügend finanzierte Angebote unterstützt würden, sagte Kommissionssprecherin Andrea Gmür (CVP/LU).

Mit weiteren 15 Millionen Franken soll das Betreuungsangebot besser auf

die Bedürfnisse der Eltern abgestimmt werden. Vom Bund unterstützt werden könnten Angebote über Mittag und während der Ferien oder eine speziell auf Eltern mit unregelmässigen Arbeitszeiten ausgerichtete Betreuung.

Die Vorlage ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Sie ergänzt das Impulsprogramm des Bundes für die Schaffung neuer Betreuungsplätze für Kinder. Bis heute wurden über 54 000 Betreuungsplätze mit gut 350 Millionen Franken unterstützt. SDA

## Kommentar

### Die Sache mit dem Anschub

Von Martin Furrer



Wenn sich ein Kind erstmals aufs Dreirad wagt, helfen die meisten Eltern, das Gefährt anzuschieben. Bald wird der Sprössling selbstbewusst durch die Gegend pedalen – frei, ohne fremde Hilfe. Die Eltern stehen am Wegrand und freuen sich.

Wenn in der Politik etwas Neues lanciert werden soll, hilft das Parlament ebenfalls gerne schieben. 1992 beschloss es «Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung». Es erteilte dem Bund die Lizenz, die Kantone bei der Schaffung von Krippenplätzen finanziell zu unterstützen. Weil das Wort «Subvention» einen schönen Beiklang hat, nannte man die Geldspritze poli-

tisch korrekt «Anschubfinanzierung» oder «Impulsprogramm». Die Hilfe war auf acht Jahre beschränkt – eigentlich. Doch sie wurde zwei Mal verlängert.

Jetzt werden wir Zeuge, wie sich das Parlament anschickt, die vierte Subventionsrunde zu beschliessen: Hundert Millionen Franken stehen zur Debatte, natürlich «auf fünf Jahre befristet», wie man uns treuherzig verspricht.

Das hat System. 1916 führte der Bund eine – zeitlich angeblich limitierte – «Kriegssteuer» ein. Daraus wurde die «Krisenabgabe», dann die «Wehrsteuer», die heute immer noch existiert: als «Direkte Bundessteuer». 2020 läuft sie aus – theoretisch. Das Parlament dürfte sie dann trotzdem verlängern. Die meisten Politiker werden sich wie Eltern fühlen, die Gutes vollbracht haben. Stolz sollten sie auf ihre Leistung dennoch nicht sein. martin.furrer@baz.ch

## Erneut mehr Grenzgänger

Genferseeraum Spitzenreiter

**Neuenburg.** Die Zahl der ausländischen Grenzgänger ist im ersten Quartal 2017 so wenig gewachsen wie seit Jahren nicht mehr. Bei den Arbeitspendlern aus Frankreich gab es erstmals seit 2009 sogar ein leichtes Minus.

Die Schweiz zählte Ende März dieses Jahres 317 800 Grenzgängerinnen und Grenzgänger, 2,8 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Das ist die geringste jährliche Zunahme seit dem vierten Quartal 2009, wie die am Dienstag vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlichten Zahlen zeigen. Seither lagen die Wachstumsraten stets über drei Prozent, zeitweilig waren sie sogar mehr als doppelt so hoch. Im Genferseeraum, wo mehr als ein Drittel aller Grenzgänger der Schweiz beschäftigt sind, betrug das Jahresplus im ersten Quartal ebenfalls 2,8 Prozent, verglichen mit über sieben Prozent zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres. Auch im Espace Mittelland war der Anstieg mit 1,1 Prozent in diesem Jahr vergleichsweise schwach.

### Mehr Pendler in Nordwestschweiz

Entsprechend tief war in den ersten drei Monaten die Zunahme bei den Grenzgängern mit Wohnsitz in Frankreich. Im Vergleich zum Vorquartal schrumpfte ihre Zahl sogar leicht um 0,8 Prozent. Einen derartigen Rückgang hatte es zuletzt im Krisenjahr 2009 gegeben. Mit aktuell 173 500 Personen stellen die Franzosen aber nach wie vor mehr als die Hälfte aller Tagesaufenthalter in der Schweiz.

Die Nordwestschweiz, mit einem Anteil von einem Viertel die zweitgrösste Grenzgängerregion, registrierte im ersten Quartal 2017 noch 1,9 Prozent mehr ausländische Arbeitspendler als ein Jahr zuvor. Demgegenüber erhöhte sich im Tessin die Zahl der «Frontalieri» mit 3,6 Prozent wieder etwas kräftiger als im Vorquartal. Entgegen dem nationalen Trend zeigte das Wachstum auch in der Ostschweiz (3,9 Prozent) steigende Tendenz. SDA